



Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.

Beratungsbüro:
Bürgerbüro Falkenhagener Feld
Westerwaldstraße 9
13589 Berlin

Pressemitteilung 13/2017

Postanschrift:
AMV - Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
Pillnitzer Weg 35
13593 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92
Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: information.amv@gmail.com

www.mieter-verbraucherschutz.berlin

Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften müssen Mieterhöhungen zurücknehmen

Mieterhöhungsbegehren der Gewobag im Schöneberger Norden zum 01.01.2017

Der Quartiersrat Schöneberger Norden wandte sich mit einem Offenen Brief am 24.01.2017 u. a. an den Senat, die Fraktionen im Abgeordnetenhaus sowie den Vorstand der Gewobag und forderte die Rücknahme von Gewobag-Mieterhöhungsverlangen (Quelle: <http://schoeneberger-norden.de/Offener-Brief-QR-GEWOBAG-Mieterhoehungen.4706.0.html>). Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag hatte während der Koalitionsverhandlungen gegenüber Mietern im Schöneberger Norden mehr als 400 Mieterhöhungsverlangen ausgesprochen, mit denen sie die Nettokaltmiete zum 01.01.2017 zum Teil über 13 % erhöhte. Kurze Zeit später vereinbarte „Rot-Rot-Grün“ in seiner Koalitionsvereinbarung (Seite 29, Quelle: [Koalitionsvereinbarung 2016-2021](#)) zu den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und damit auch zur Gewobag: „Als Sofortmaßnahmen werden die Mieterhöhungsmöglichkeiten für Bestandsmietverträge für vier Jahre auf maximal zwei Prozent jährlich beschränkt.“ Trotz dieser Vereinbarung nahm die Gewobag ihre Mieterhöhungen nicht zurück.

Senatorin Lompscher strebt Moratorium an

Berlins Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) erklärte am 26.01.2017 gegenüber der Berliner Zeitung, dass sie für Mieterhöhungen bei den landeseigenen Unternehmen ein Moratorium anstrebe. Die Mieterhöhungen müssten ausgesetzt werden, und zwar solange,

Vorstand: 1. Vorsitzender RA Uwe Piper, 2. Vorsitzender Ass. jur. Marcel Eupen

Vereinsregister: Amtsgericht Charlottenburg - VR 33611 B

Gerichtsstand: Amtsgericht Spandau, Finanzamt für Körperschaften I, St.-Nr. 27/660/64338

Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN: DE05100100100850579106, BIC: PBNKDEFF

bis mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine Vereinbarung zur Mietendämpfung fixiert sei. Für bereits zum 01.01.2017 ausgesprochene Mieterhöhungen soll eine Rücknahme erreicht werden (Quelle: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/wohnen-warum-es-so-schwierig-ist--die-mieten-in-berlin-bezahlbar-zu-halten-25621318>).

Kommentar des AMV

„Der AMV - Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V. erwartet von der Gewobag, dass sie Mieterhöhungen, die ihre Wirkung nach der Regierungsaufnahme von „Rot-Rot-Grün“ am 08.12.2016 entfaltet haben oder noch entfalten werden und bei denen der vereinbarte 4-Jahres-Zeitraum nicht eingehalten ist oder bei denen die 2-Prozent-Grenze überschritten ist, unverzüglich zurücknimmt bzw. bei Einhaltung der Zeitgrenze auf 2 % reduziert“, sagte der 1. Vorsitzende des AMV, RA Uwe Piper. „Es ist ein Unding und stellt bereits eine Instinktlosigkeit der besonderen Art dar, wie die Gewobag den politischen Willen des Berliner Senats konterkariert, in dem sie nicht von sich aus aktiv geworden und die streitgegenständlichen Mieterhöhungen zurückgenommen bzw. reduziert hat“, ergänzt Piper. „Auch ist es erschreckend, dass der Berliner Senat am 26.01.2017 keine Aussage zu Mieterhöhungen der anderen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften treffen konnte“, meint Piper. „Sollten auch degewo, GESOBAU, HOWOGE, STADT UND LAND sowie WBM Mieterhöhungen in dem hier maßgeblichen Zeitraum verschickt haben, gilt für diese natürlich ebenfalls, dass eine Rücknahme bzw. Reduzierung zu erfolgen hat“, so Piper. „Der Berliner Senat muss mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften unverzüglich eine Vereinbarung zur Mietendämpfung abschließen, damit für die betroffenen Mieterinnen und Mieter Rechtsklarheit und -sicherheit eintritt“, schließt Piper.

Berlin, den 30.01.2017

Ass. Marcel Eupen, Pressesprecher des AMV